

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung. Ich gebe Ihnen die gemeinsame EntschlieÙung bekannt:

„Erklärung der Blockparteien des Sächsischen Landtages zur Bildung einer provisorischen deutschen demokratischen Regierung.

Einig mit allen demokratisch und national gesinnten Deutschen begrüÙen die Abgeordneten des Sächsischen Landtages die historischen Maßnahmen, die der Deutsche Volksrat für das ganze deutsche Volk zur Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik und zur Bildung einer provisorischen deutschen demokratischen Regierung getroffen hat. Wir stimmen der Umbildung des Deutschen Volksrates zur Provisorischen Volkskammer zu. Auf dem Boden der von allen demokratischen Kräften geschaffenen und nun durch Beschluß der Volkskammer zum Gesetz erhobenen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik werden wir das geschichtliche Werk der Bildung der provisorischen ersten deutschen demokratischen Regierung nach der größten nationalen Katastrophe unseres Volkes vollenden helfen.

Der Sächsische Landtag ist sich der Bedeutung dieser großen Stunde für die Gestaltung des deutschen Schicksals bewußt. Er weiß, daß es die Aufgabe der von der Provisorischen Volkskammer zu wählenden Regierung sein wird, die Stimme ganz Deutschlands in seinem schweren Ringen um die Wiederherstellung der Einheit von Volk und Vaterland zur Geltung zu bringen.

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!

Es lebe die Nationale Front aller Deutschen für Einheit und Frieden!

Dresden, den 10. Oktober 1949.

gez. Prof. D. Hickmann
gez. Dr. Liebler
gez. E. Lohagen.“

Es ist gewünscht worden von den Fraktionen des Hauses, in Anbetracht der Bedeutung dieser geschichtlichen Stunde zu dieser EntschlieÙung Stellung zu nehmen. Ich erteile als Erstem das Wort Herrn Prof. D. Hickmann.

Abg. Prof. D. Hickmann (CDU):

Meine verehrten Damen und Herren!

Wir stehen an einem geschichtlichen überaus bedeutsamen Wendepunkt der politischen Entwicklung in Deutschland und besonders hier in unserer Zone. Eine ganz neue Lage ist geschaffen durch die Errichtung des separaten Weststaates und die Einsetzung der Regierung in Bonn. Die Spaltung Deutschlands, die hiermit vollzogen ist, hat einen nationalen Notstand geschaffen, der auch uns hier zum Handeln nötigt. Das Ziel, dem wir alle zustreben, wenn wir die Einheit Deutschlands wiederherstellen wollen, muß sein, eine gesamtdeutsche Regierung auf parlamentarischer Grundlage, gewählt in Ost und West durch eine Nationalversammlung. Noch sind wir von diesem Ziele fern. Wir können nicht vorgreifen. Wir haben jetzt, nachdem der Westen sich organisiert hat in einem separaten Weststaat, die Konsequenzen zu ziehen und auch für unsere Zone eine neue politische Konstruktion zu gestalten. Diese Aufgabe ist gestellt. Diese Aufgabe ist nunmehr angefaßt. Die ersten entscheidenden Schritte, die Grundlegung, sind erfolgt durch die Beschlüsse, die in Berlin gefaßt worden sind, die zur Errichtung der neuen Provisorischen Volkskammer und die zur Einsetzung einer vorläufigen Regierung durch diese Volkskammer geführt haben; durch die Not geboten, eine zonale Regelung zunächst. Es bleibt für uns das Anliegen,

die gesamtdeutsche Regelung herbeizuführen, sobald es nur die politischen Verhältnisse gestatten. Das Ziel für die politische Konstruktion des Ostens ist eine demokratische Republik auf der Grundlage der durch den Volkskongreß bestätigten Verfassung, die der Volksrat geschaffen hat. Auch dieser Zonenstaat bedarf, wenn er endgültig hergestellt werden soll, der Grundlage demokratisch-parlamentarischer Wahlen. Der Weg zu dieser Wahl ist noch versperrt. Darum haben wir uns zunächst damit abzufinden, ein kurzfristiges Provisorium als Übergangslösung zur Errichtung dieses Staates zu schaffen.

Wir können nicht verschweigen, daß es in unserem Volke schwere Enttäuschung nach sich gezogen hat, daß der Weg einer nach unserer Verfassung zwangsläufig durchzuführenden Wahl versperrt ist. (Zurufe: Sehr richtig! Bravo!) Aber wir verstehen, daß selbstverständlich die Wahlen im Landesmaßstab zusammengelegt werden müssen mit der Wahl zu dem hier für die Zone zu errichtenden Parlament und daß darum auch diese Wahlen nicht fristgemäß durchgeführt werden. Daß hierdurch mehr als Enttäuschung in weiten Kreisen entstanden ist, geradezu Verbitterung, weil man meint, es sei nun doch die politische Arbeit außerordentlich belastet, muß, um die Tatsachen klar herauszustellen, durchaus offen festgestellt werden. Aber wir stehen hier vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Wir stehen hier vor unabänderlichen Voraussetzungen für die Weiterarbeit. Doch dürfen wir nicht resignieren, sondern müssen, auf diesen Voraussetzungen fußend, nun entschlossen und mutig an das Werk gehen, um aufzubauen das neue Haus der Deutschen Demokratischen Republik, das uns aufzubauen als Aufgabe gestellt ist. Dabei soll dieses Provisorium, das wir jetzt zu errichten haben, in ganz bestimmter Weise befristet sein. Als Frist ist vereinbart der 15. Oktober 1950. Es soll also ein Jahr Bewährungszeit haben.

Das neue Haus entsteht also belastet mit gewissen Hypotheken, aber wir müssen nun dieses Haus einrichten, damit hier eine für unser deutsches Volk gedeihliche Arbeit geleistet werden kann. Wir sind der Auffassung, daß dazu die Grundlagen und Möglichkeiten gegeben sind. Wir dürfen feststellen, daß zunächst einmal ein Ziel erreicht ist, dem wir alle zustrebten, nämlich daß das autoritäre Regiment der DWK nun erledigt ist. An seine Stelle tritt eine Regierung, die dem Parlament verantwortlich ist, also die auf demokratischer Grundlage ihren Dienst am Volke zu leisten hat. Das andere, das ebenfalls sofort errungen ist und einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, ist: die Zone bekommt nun eine demokratische Rechtsordnung und damit überhaupt erst eine rechtliche Grundlage für ihre Ordnungen, und zwar ist diese Grundlage die von dem ganzen deutschen Volk in unserer Zone begrüßte Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die der Volkskongreß bestätigt hat, wovon wir schon gesprochen haben. Das sind Tatsachen, die bereits feststehen. Dazu aber haben wir — das ist das Allerbedeutsamste — zugesagt erhalten, daß dieser neu entstehende Staat auch schon in seiner provisorischen Gestaltung von der Besatzungsmacht die Souveränität zurückerhält, die bisher auf der Grundlage der bedingungslosen Kapitulation von der Besatzungsmacht auszuüben war und die uns nun einen ersten Schritt zur Freiheit gestattet, eine großzügige Maßnahme, die die Besatzungsbehörde dem neuen Staat gegenüber angekündigt hat, die wir nur mit Dank begrüßen können.

Ein deutliches Symbol dafür, daß dieser Staat, der hier entsteht, diese Vollmachten erhält, ist die Errichtung eines Außenministeriums in der Reihe der hier maßgebenden Ministerien. So haben wir festzustellen, daß im Aufbau dieses provisorischen Staatsgebildes bereits eine durchgreifende staatsrechtliche und völkerrechtliche Umbildung sich auf deutschem Boden vollzieht in unserer besetzten Zone. Diese Zurückgabe der Souveränität wird in ihrer ganzen Bedeutung uns erst morgen aufgedeckt werden, wenn in Berlin die entsprechenden Erklärungen